

# «Solidarität ist und bleibt Grundpfeiler»

Regierungschef **Adrian Hasler** ist nicht überrascht, dass gegen die geplante KVG-Revision ein Referendum ergriffen wurde. Er wehrt sich jedoch gegen «Falschaussagen» der Gruppe fl21 und gegen den Vorwurf, die Regierung sei eine Schafferin von Unsolidarität.

GÜNTHER FRITZ

*Herr Regierungschef, inwieweit sind Sie überrascht, dass sich ein Referendumskomitee gebildet hat, das die vom Landtag mit 19 Stimmen verabschiedete KVG-Revision per Volksabstimmung bachab schicken will?*

**Adrian Hasler:** Darüber bin ich nicht überrascht. Bereits im Vorfeld hat sich abgezeichnet, dass es in dieser Frage zu einer Volksabstimmung kommen dürfte.

*In der Argumentation der Gruppe fl21 fällt auf, dass nicht nur gegen Inhalte des neuen KVG gewettet wird, sondern dass generell ein Zeichen gegen die Art und Weise der Sparpolitik der Regierung gesetzt werden soll. So sagte fl21-Sprecher Heinz Vogt gegenüber dem «Vaterland»: «Man hat bisweilen den Eindruck, dass Sparen um des Sparens willen das Motto für Regierung und Landtag ist und dabei der Blick für die Sache verloren geht.» Was sagen Sie als Finanzminister dazu?*

**Adrian Hasler:** Es ist für mich ein Rätsel, wie man überhaupt auf diesen Gedanken kommen kann. Mit einem Sparkurs konnten noch nie Sympathien gewonnen werden. Wieso sollten also vom Volk gewählte und demnächst zur Wiederwahl stehende Politiker über das nötige Mass hinaus sparen wollen? Es trifft zu, dass in dieser Legislaturperiode die Sanierung des Staatshaushalts das prioritäre Ziel ist. Liechtenstein kann sich nicht erlauben, auf Dauer Defizite auszuweisen und das noch vorhandene Staatsvermögen dahinschmelzen zu lassen. Wir müssen die Zeichen der Zeit erkennen und

## Die Zeichen der Zeit erkennen und notwendige Massnahmen setzen

heute die notwendigen Massnahmen setzen, damit die nächsten Generationen nicht für unsere Untätigkeit die Zeche zahlen. Dass dieser Weg nicht immer einfach ist, ist klar. Umso wichtiger ist, dass sich Regierung und Landtag in dieser Frage einig sind. Bei der KVG-Revision handelt es sich jedoch nicht um eine Sparvorlage. Die Revision ist notwendig, damit die Kosten des Gesundheitssystems und damit die Prämien der Einwohnerinnen und Einwohner nicht jährlich ungebremst weiter ansteigen. Mit der vorliegenden KVG-Revision werden sogar Verbesserungen in der Prämienvergünstigung und bei den Ergänzungsleistun-

gen für Einkommensschwache Haushalte umgesetzt.

*Weiter wird der Regierung vorgeworfen, dass sie auf dem Buckel der Bevölkerung in einem Ausmass spare, das gerade im Sozialbereich der Tradition des Landes widerspreche. Fühlt sich die Regierung als Schafferin von Unsolidarität im liechtensteinischen Sozial- und Gesundheitswesen, die vom Volk nun eingebremst werden soll?*

**Adrian Hasler:** Überhaupt nicht, dafür bestehen keine objektiven Gründe. Für die Regierung und für mich ist die Solidarität ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft, welcher sich in unseren Massnahmen stets widerspiegelt. Und so spielt denn gerade auch nach der KVG-Revision die Solidarität zwischen Jung und Alt sowie zwischen Krank und Gesund. Die Statistik des Jahres

## Kostenwachstum durch mehr Eigenverantwortung in Griff bekommen

2014 zeigt, dass Versicherte bis zum Alter von 50 Jahren Leistungen beanspruchen, die unter den bezahlten Prämien liegen. Versicherte über 65 Jahren beziehen durchschnittlich Leistungen, die dreimal so hoch sind wie die bezahlten Prämien. Deshalb sprechen wir ja auch von einer Versicherung, die die Risiken ausgleicht. Wir müssen die Gesamtkosten des Gesundheitssystems im Auge behalten, damit diese nicht ungebremst weiterwachsen und damit die Kosten für die Prämienzahlenden verkräftbar bleiben.

*Kritisiert wird vonseiten des Referendumskomitees vor allem auch die zusätzliche finanzielle Belastung durch die Erhöhung der maximalen Kostenbeteiligung bei den übrigen Versicherten von 800 auf 1400 Franken und bei den Senioren von 400 auf 950 Franken. Gerade nach dem Prämien Schub um 52 Franken pro Monat durch die Senkung des Staatsbeitrags um 19 Millionen Franken sei dies nicht mehr zumutbar. Wie sehen Sie das?*

**Adrian Hasler:** Die höhere Kostenbeteiligung ist ein wichtiges Element, um durch mehr Eigenverantwortung das Kostenwachstum in den Griff zu bekommen. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Kosten, welche die Krankenkassen zu tragen haben, und wirkt dadurch direkt auf die Prämien. Konkret bedeutet dies, dass Versicherte, die keine Leistungen in Anspruch nehmen, gegenüber der heuti-



Bild: ikr

«Auch nach der KVG-Revision spielt die Solidarität zwischen Jung und Alt sowie zwischen Krank und Gesund.» Regierungschef Adrian Hasler ist davon überzeugt, dass die geplante Revision absolut notwendig ist, «auch wenn der Weg nicht immer einfach ist».

gen Situation um 315 Franken entlastet werden. Versicherte, die in einem Jahr hohe Leistungen in Anspruch nehmen, werden in diesem Jahr 285 Franken mehr bezahlen, bei den Senioren sind dies 235 Franken mehr.

*Es wird behauptet, ein Nein zum neuen KVG würde vor allem den Mittelstand, die Familien mit Kindern und die Senioren vor den unzumutbaren Mehrbelastungen schützen. Was sagen da die konkreten Zahlen?*

**Adrian Hasler:** Die konkreten Zahlen widerlegen diese Behauptung. Auch nach der KVG-Revision bezahlen Kinder bis 16 Jahre weder Krankenkassenprämien noch eine Kostenbeteiligung. Jugendliche zwischen 17

## Die Belastung bleibt in vielen Fällen gleich oder wird gar sinken

und 20 bezahlen nur die halbe Prämie, jedoch keine Kostenbeteiligung. Wenn nun bei einem Ehepaar ein Elternteil hohe Leistungen und der andere keine Leistungen beansprucht, ist die finanzielle Belastung im Vergleich zur heutigen Gesetzeslage praktisch identisch. Wenn beide gesund sind, wird die Familie mit je 315 Franken, das heisst insgesamt 630 Franken entlastet. Wie bereits erwähnt, werden Senioren, die hohe Leistungen be-

anspruchen, gegenüber heute mit maximal 235 Franken pro Jahr zusätzlich belastet. Bei medizinischen Leistungen bis 3000 Franken betragen die Zusatzkosten lediglich 45 Franken pro Jahr. Wenn man diese Zahlenbeispiele anschaut, sieht man, dass in sehr vielen Fällen die Belastung gleich bleibt oder gar sinken wird. In diesem Zusammenhang scheint mir das Wort «unzumutbar» etwas sehr weit hergeholt. Auch hilft ein Blick in die Schweiz: Dort bezahlt eine Familie mit zwei Kindern unter 16 Jahren rund 5800 Franken pro Jahr mehr an Krankenkassenprämien.

*Walter Noser von der Gruppe fl21 sagt, dass ja nicht nur die Belastungen im Bereich der Krankenversicherung höher geworden seien. So führt er im «Vaterland»-Gespräch auf: «Bei den Senioren wurde kürzlich der steuerliche Freibetrag für die AHV und für die Pensionskasse gestrichen. Die Erhöhungen der Busabo-Preise, die Kürzungen bei gewissen Stipendien und bei der Wohnbauförderung sowie die Kürzung des Staatsbeitrags an die Nichtbetriebsunfallversicherung, das alles geht schon zulasten des Budgets der Bevölkerung.» Inwieweit können Sie es nachvollziehen, dass die Toleranz der Bevölkerung nun überstrapaziert sein soll?*

**Adrian Hasler:** Zuerst möchte ich festhalten, dass bei den Senioren der steuerliche Freibetrag

für die AHV nicht gestrichen wurde. Diese Aussage von Walter Noser ist schlicht falsch. Richtig ist, dass verschiedene Sparmassnahmen zu einer Mehrbelastung geführt haben. Dies ist jedoch unvermeidlich, wenn der Staatshaushalt in Ordnung gebracht werden muss. Wenn ich weniger Geld zu Verfügung habe, muss ich dafür sorgen, dass ich mehr einnehme und weniger ausbebe. Für den Staat bedeutet dies, die Ausgaben zu senken und die Steuern und Abgaben zu erhöhen. Wenn wir nichts unternommen hätten, wäre unser Staatsvermögen in rund 10 Jahren aufgebraucht. Und dann würden Regierung und Landtag wirklich einschneidende Massnahmen durchsetzen müssen.

*Die Referendumsgruppe benutzt die Diskussion ums KVG offenbar auch, um Stimmung gegen die Senkung des Staatsbeitrags für die AHV von aktuell 50 Mio. Franken auf für die Zukunft 20 Mio. Franken zu machen. Das sei ein weiterer Schritt des Landes «raus aus der Solidarität». Warum wird dieser Staatsbeitrag überhaupt angefasst?*

**Adrian Hasler:** Wie bereits erwähnt, ist die Solidarität für mich ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft, und sie ist und bleibt in Liechtenstein sehr ausgeprägt. Zur Erinnerung, der AHV-Staatsbeitrag steht nicht ohne Grund zur Diskussion: Derzeit wird er nur bis 2017 aus-

bezahlt. Ohne eine neue gesetzliche Grundlage wird ab 2018 kein Staatsbeitrag an die AHV mehr bezahlt. Die Regierung hat sich bereits vor einem Jahr für die Festsetzung des Staatsbeitrags auf 20 Mio. Franken als sinnvolle Grösse geeinigt. Dies auch vor dem Hintergrund, dass bereits heute rund ein Drittel der Renten ins Ausland fliessen, Tendenz steigend.

## Der AHV-Staatsbeitrag steht nicht ohne Grund zur Diskussion

*In der Finanzplanung 2016 bis 2019 rechnen Sie ab 2018 mit einem reduzierten Staatsbeitrag für die AHV von 20 Mio. Franken. Welche Wirkung hätte z. B. die Realisierung des VU-Vorschlags, einen dynamischen Staatsbeitrag in Höhe von 30 Mio. Franken gekoppelt an die Rendite bzw. an den Vermögensertrag (Steuermehrwert) einzuführen?*

**Adrian Hasler:** Für die AHV eine geringe: Diese zusätzlichen 10 Mio. Franken pro Jahr würden auf das Vermögen der AHV (derzeit rund 3 Milliarden Franken) nur eine verschwindend kleine Rolle spielen. Hingegen für den Staatshaushalt wären diese zusätzlichen 10 Mio. Franken jährlich schmerzlich. Wenn wir in der Finanzplanung ab 2018 den AHV-Staatsbeitrag auf 30 Mio. fixieren würden, könnte einer der fünf Eckwerte des Finanzleitbildes nicht eingehalten werden.

*Wie sehen Sie die Chancen, als Finanzminister auch bei der Präsentation des Budgets 2017 und der Finanzplanung 2017 bis 2020 sagen zu können, dass es kein viertes Massnahmenpaket braucht?*

**Adrian Hasler:** Aufgrund der aktuellen Zahlen sowie der Finanzplanung 2016 bis 2019 ist die Sanierung des Staatshaushalts abgeschlossen. Die Regierung wird dem Landtag im Dezember einen Abschlussbericht zu den Massnahmenpaketen I bis III vorlegen. Die Hausaufgaben sind also gemacht. Ob es in Zukunft erneut ein Massnahmenpaket braucht, hängt im Wesentlichen von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese Parameter können wir nicht beeinflussen. Die Ausgabenseite haben wir demgegenüber sehr gut im Griff. Für mich ist wichtig, dass wir nun von der Sanierungsphase in eine verantwortungsvolle Ausgabenpolitik übergehen. Dies beinhaltet selbstverständlich auch, in sinnvolle und notwendige Vorhaben zu investieren.